

Unterbindung einer Provokation am 7.7. in Berlin

8. Juli 1989

Information Nr. 336/89 über die Unterbindung einer von feindlichen, oppositionellen Kräften am 7. Juli 1989 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, geplanten Provokation

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3763, Bl. 37–40 (13. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Jarowsky, Krenz, Schabowski, Dickel, Krauß, Löffler, Dohls – MfS: Mittag, Leiter HA IX, Leiter HA XX, Leiter BV Berlin, Leiter HA XX/4, Ablage, ZAIG/1.

Bemerkungen

Dokument auch in: Mitter, Armin; Woll, Stefan (Hg.): »Ich liebe euch doch alle!«. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 108–110.

Die von feindlichen, oppositionellen Kräften am 7. Juli 1989 in Fortsetzung bisheriger provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen im Mai beabsichtigte »Sitzdemonstration« auf dem Alexanderplatz wurde unterbunden.¹ Die in diesem Zusammenhang angewiesenen Maßnahmen wurden im Rahmen des durchgeführten Sicherungseinsatzes in ihrer Gesamtheit konsequent realisiert; sie erwiesen sich erneut als richtig und zweckmäßig. Das Zusammenwirken zwischen den Schutz- und Sicherheitsorganen und den einbezogenen gesellschaftlichen Kräften entsprach den konkreten Erfordernissen. Die eingesetzten gesellschaftlichen Kräfte erzielten eine spürbare Wirkung, banden durch intensive politische Argumentation potenzielle Teilnehmer der Provokation und wirkten so deren Vorhaben entgegen. Im Handlungsraum waren die öffentliche Ordnung und Sicherheit jederzeit gewährleistet.

Die vorbeugend durchgeführten Maßnahmen waren insbesondere darauf ausgerichtet, kirchenleitenden Amtsträgern erneut unmissverständlich die staatliche Erwartungshaltung zur Unterbindung der geplanten Provokation zu unterbreiten. So wurden abgestimmte Gespräche verantwortlicher Mitarbeiter zuständiger staatlicher Organe mit kirchenleitenden Personen geführt, u. a. zwei Gespräche durch den Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Berlin für Inneres, Genossen *Hoffmann*,² mit Konsistorialpräsident *Stolpe*.³ Dieses Vorgehen erzielte Wirkung. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Haltung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) in der DDR, die auf ihrer jüngsten Tagung (30. Juni/1. Juli 1989) die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg aufforderte, ihren Einfluss auf oppositionelle Kräfte und Gruppen zu verstärken und mit diesen Gespräche zu führen, um die geplante Provokation vorbeugend zu verhindern. Streng intern wurde bekannt, dass *Stolpe* mit dem Initiator der »Sitzdemonstration«, *Schatta*,⁴ ein diesbezügliches Gespräch persönlich führte. Analog reagierten Propst *Furian*⁵ und Oberkonsistorialrat *Pettelkau*⁶ gegenüber weiteren Organisatoren.

Mit 14 maßgeblich an der Organisation der Provokation beteiligten Personen wurden im Zeitraum des 4./5. Juli 1989 Vorbeugungsgespräche geführt, in denen ihnen die Auflage erteilt wurde, sich an dem geplanten Vorhaben nicht zu beteiligen. Beginnend ab dem 6. Juli 1989 wurden zu insgesamt 97 potenziellen Teilnehmern – Inspiratoren/Organisatoren der Provokation, Mitglieder personeller Zusammenschlüsse⁷ bzw. solche Kräfte, die in der Vergangenheit wiederholt an derartigen Aktivitäten beteiligt waren – durchgängige Personenkontrollmaßnahmen durchgeführt mit dem Ziel, deren Annäherung an den Handlungsort zu verhindern. Im Ergebnis der längerfristig durchgeführten vorbeugenden Maßnahmen nahm nach intern vorliegenden Hinweisen eine Reihe bekannter Kräfte von ihrem Vorhaben Abstand. So entschloss sich der »Friedenskreis Weißensee«,⁸ zu dessen Organisatoren *Schatta* gehört, nicht an der »Sitzdemonstration« teilzunehmen, sondern am gleichen Tag eine sogenannte Alternativveranstaltung in der Kirchengemeinde Fennpfuhl in Berlin-Lichtenberg durchzuführen.

Insgesamt 94 Personen, die zum für die Provokation vorgesehenen Zeitpunkt versuchten zur Weltzeituhr zu gelangen, wurden bereits an der Peripherie zurückgewiesen. Weitere 30 Personen wurden zugeführt und Prüfungshandlungen unterzogen, weil sie sich weigerten, den Weisungen der Einsatzkräfte Folge zu leisten, darunter der Mitorganisator der Provokation, Diakon *Heinisch*,⁹ der entgegen ausdrücklicher Belehrung vom 5. Juli 1989 an der Zusammenrottung teilzunehmen versuchte. Eine Person führte ein selbstgefertigtes Plakat mit dem Text: »Zu dumm zum Addieren, aber ein ganzes Land regieren« mit sich.

(Unter den Zugeführten befinden sich sieben bei der Kirche Beschäftigte und zwei Antragsteller auf ständige Ausreise.¹⁰ 22 Personen sind Bewohner der Hauptstadt Berlin, weitere der Bezirke Potsdam, Frankfurt/O. und Leipzig. Alle Zugeführten wurden bis zum 8. Juli 1989, 2.00 Uhr, entlassen. Im Ergebnis der Untersuchungen wurden gegen eine Person – Träger des Plakates – ein Ermittlungsverfahren ohne Haft und gegen 17 Personen Ordnungsstrafverfahren – vorgesehen sind Ordnungsstrafen in Höhe von 200 bis 500 Mark – eingeleitet. Sechs Personen wurden informiert, dass gegen sie Anzeigenprüfungen durchgeführt werden, und weitere sechs Personen wurden belehrt.) Besonders durch das provokatorische Auftreten des am Ereignisort anwesenden akkreditierten Korrespondenten des ZDF, *Schmitz*,¹¹ und seines Kamerateams – weitere Korrespondenten wurden nicht festgestellt – bildeten einige potenzielle Teilnehmer an der Weltzeituhr Diskussionsgruppen. Sie wurden durch differenzierte Maßnahmen der Sicherheitsorgane und gesellschaftlicher Kräfte aufgelöst. (*Schmitz* erschien mit seinem Kamerateam – drei Personen – bereits gegen 16.20 Uhr im Bereich des Alexanderplatzes, fertigte in offener provokatorischer Absicht Aufnahmen von den Sicherungsmaßnahmen, versuchte durch seine Positionierung an der Weltzeituhr seine Solidarität mit den feindlichen, oppositionellen Kräften Ausdruck zu verleihen und diese zur Durchführung ihrer Vorhaben zu ermuntern. (In diesem Sinne wurde über das genannte Ereignis aktuell im ZDF informiert.)

Die sogenannte Alternativveranstaltung – dazu wurde durch *Schatta* und *Heinisch* mit schriftlichen Einladungen geworben – fand in der Zeit von ca. 20.00 Uhr bis gegen 21.30 Uhr mit Beteiligung von ca. 140 Personen statt. In einem Vortrag trug *Schatta* die bekannten Positionen feindlicher, oppositioneller Kräfte zu den Kommunalwahlen im Mai 1989 vor und kritisierte eine diesbezüglich »fehlende Dialogbereitschaft« des Staates. Nach dem Gesang des Liedes »Ermutigung«¹² (*Biermann*),¹³ dessen Text verteilt worden war, gab Pfarrer *Pahnke*¹⁴ einen »Erlebnisbericht« von den Ereignissen auf dem Alexanderplatz. Ausgehend von einem angeblich aggressiven und brutalen Vorgehen der Einsatzkräfte kam er zu dem Schluss, dass ein Dialog mit dem Staat nicht möglich sei, der Staat seinen Bewohnern »keinen Ausweg« biete und diese deshalb zur Ausreise treiben würde. In Gesprächsgruppen wurden nachfolgend politische Diskussionen geführt (Lageentwicklung in der VR Polen und der Ungarischen VR; Notwendigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR; Fortsetzung provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten, um den Druck gegenüber dem Staat zu erhöhen). Das Ergebnis der Kollektensammlung sollte, so *Schatta*, zur Begleichung von Ordnungsstrafverfahren, die gegen Teilnehmer der jüngsten Aktionen ausgesprochen wurden, dienen.

1

Die von unabhängigen Wahlbeobachtern festgestellte Fälschung der Kommunalwahl am 7.5.1989 löste zunächst vor allem Proteste in formalisierter Form wie Eingaben, Einsprüche und Strafanzeigen aus. Örtliche Partei- und Staatsorgane erlebten eine regelrechte Flut von Beschwerden, die Abteilung Staat und Recht beim ZK der SED registrierte bis Ende Juni allein 300 Eingaben zu »Fragen des Wahlrechts« direkt an den Vorsitzenden der Wahlkommission Egon Krenz. Öffentliche Aktionen wie Mahnwachen, Dokumentationen und Demonstrationen begannen erst in einem zweiten Schritt ab Anfang Juni. Den Auftakt machte ein schnell von Polizeikräften aufgelöster Schweigemarsch am 7.6.1989 in Berlin, am 8.6.1989 folgte die Präsentation der umfangreichen Wahlanalyse »Wahlfall '89« durch die »Koordinierungsgruppe Wahlen«, die auf Informationen von Wahlbeobachtern und Menschenrechtsgruppen aus der gesamten DDR beruhte. Über die Entwicklung der »Wahlbewegung« siehe ausführlich Kloth, Hans Michael. Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000, S. 280–301. Vgl. auch Information [271/89](#).

2

Günter Hoffmann, Jg. 1928, SED-Funktionär, 1976–90 Stellvertreter des Oberbürgermeisters Ostberlins und Stadtrat für Inneres.

3

Manfred Stolpe, Jg. 1936, Jurist, seit 1982 Konsistorialpräsident des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg, 1982–89 stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1990–2002 Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

4

Mario Schatta, Jg. 1963, Diakon, 1984 Verweigerung von Wehrdienst und Dienst als Bausoldat, 1983 Mitbegründer des »Weißenseer Friedenskreises«, maßgeblich an der Aufdeckung der Fälschungen bei der Kommunalwahl im Mai 1989 beteiligt, organisierte in der Folgezeit an jedem 7. eines Monats Protestdemonstrationen in Ostberlin, ab dem 7. Juli auf dem Alexanderplatz, im Oktober 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«, Teilnahme am Runden Tisch Weißensee.

5

Hans-Otto Furian, Jg. 1931, evangelischer Theologe, 1970–88 Superintendent des Kirchenkreises Zossen, 1988–90 Propst der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

6

Ingemar Pettelkau, Jg. 1939, Kirchenjurist, Oberkonsistorialrat im Konsistorium der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

7

Gemeint sind unabhängige Umwelt- und Friedensgruppen sowie kirchliche Basisgruppen.

8

Der »Friedenskreis Weißensee« wurde 1983 durch den Diakon der evangelischen Stephanus-Stiftung Mario Schatta gegründet. Im Mittelpunkt der Oppositionsgruppe standen zunächst Fragen der Wehrdienstverweigerung, des Bildungswesens und der Abrüstung in Ost und West. Größere Bekanntheit erlangte der Kreis mit dem Versuch, die Stimmenausschreibung bei der Kommunalwahl am 7.5.1989 im Bezirk Weißensee zu kontrollieren. Schatta und seine Mitstreiter konnten erstmals flächendeckende Wahlfälschung der staatlichen Organe nachweisen. Sie erstatteten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und organisierten an jedem 7. des Monats eine Protestdemonstration in Ostberlin, ab dem 7. Juli auf dem Alexanderplatz. Im Oktober 1989 schlossen sich viele Mitglieder des Friedenskreises dem »Demokratischen Aufbruch« an.

9

Michael Heinisch, Jg. 1964, Sozialdiakon, seit 1983 in der offenen Jugendarbeit der Erlösergemeinde in Berlin-Lichtenberg engagiert, als Wehrdiensttotalverweigerer Mitte der 1980er Jahre in verschiedenen Friedensgruppen aktiv, Mitinitiator der Kontrollen der Kommunalwahlen im Mai 1989 und der nachfolgenden Demonstrationen jeweils zum 7. des Monats, im Juni 1989 organisierte er das Trommelfasten für China in der Ostberliner Erlöserkirche.

10

Ein Antrag auf ständige Ausreise war ein Auswanderungsersuchen. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge zu erreichen.

11

Michael Schmitz, Jg. 1954, Journalist, seit 1978 freier Journalist bei überregionalen Tages- und Wochenzeitungen und freier Mitarbeiter beim WDR, 1984–88 Reporter und Redakteur der ZDF-Redaktion »Kennzeichen D«, anschließend bis Oktober 1990 ZDF-Korrespondent in Ostberlin.

12

Wolf Biermanns Gedicht »Ermutigung«, das erstmals 1968 im Lyrikband »Mit Marx- und Engelszungen« erschien, zählte zu seinen bekanntesten Werken und entwickelte sich zu einem wichtigen Trostlied für inhaftierte Oppositionelle.

13

Wolf Biermann, Jg. 1936, Liedermacher und Lyriker, 1953 Übersiedlung in die DDR, 1957–59 Regie-Assistent am Berliner Ensemble, 1959–63 Studium der Philosophie und Mathematik an der HU Berlin, 1961 Mitbegründer des Berliner Arbeiter Theaters b.a.t., seit 1965 Auftrittsverbot, verfasste und vertonte anschließend zahlreiche Texte in seiner Wohnung in der Chausseestraße 131, seine Ausbürgerung im November 1976 während einer Konzertreise in der Bundesrepublik führte zum Protest zahlreicher Schriftsteller und Künstler, in den 1980er Jahren engagierte sich Biermann in der bundesdeutschen Friedens- und Umweltbewegung, ein Auftritt auf der Demonstration vom 4.11.1989 wurde ihm von den DDR-Behörden untersagt, am 1.12.1989 veranstaltete er sein erstes DDR-Konzert in einer Leipziger Messehalle.

14

Rudi-Karl Pahnke, Jg. 1943, evangelischer Theologe, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells«, Sprecher der Berliner Friedenswerkstatt, ab 1988 Sekretär für Jugendfragen des Bundes der Evangelischen Kirchen, Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«.